



Ressort: Wirtschaft und Finanzen

Steigende Mieten trotz Mietobergrenzen

Frankfurt /Main, 23.02.2026 [ENA]

Wachsende soziale Belastungen in Deutschland und Europa. Trotz gesetzlich festgelegter Mietobergrenzen steigen die Mieten in allen Bundesländern Deutschlands sowie in weiten Teilen Europas weiterhin kontinuierlich an. Die anhaltende Preisentwicklung auf den Wohnungsmärkten hat zunehmend--

spürbare soziale Auswirkungen und verschärft bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten. Insbesondere Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sind von den Mietsteigerungen betroffen. Ein wachsender Anteil des verfügbaren Einkommens wird für Wohnkosten aufgewendet, wodurch finanzielle Spielräume für Bildung, Gesundheitsvorsorge und gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt werden. Für viele Menschen steigt das Risiko von Überschuldung, Wohnungsverlust oder Verdrängung aus angestammten Wohnquartieren.

Die Auswirkungen zeigen sich auch in einer zunehmenden sozialen Segregation. Steigende Mieten führen dazu, dass einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen aus innerstädtischen Lagen verdrängt werden, während bezahlbarer Wohnraum immer häufiger in Randlagen oder strukturschwächeren Regionen zu finden ist. Dies belastet nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch kommunale Infrastrukturen, soziale Netzwerke und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Europaweit lassen sich ähnliche Entwicklungen beobachten. Trotz unterschiedlicher nationaler Regulierungsansätze gelingt es vielerorts nicht, die Mietdynamik wirksam zu begrenzen. Besonders junge Menschen, Alleinerziehende, Familien und ältere Haushalte sind von steigenden Wohnkosten betroffen und sehen sich zunehmend mit eingeschränkten Wohn- und Lebensperspektiven konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund wächst der Handlungsdruck auf politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf nationaler wie europäischer Ebene. Neben der Überprüfung und konsequenten Durchsetzung bestehender Mietregelungen sind gezielte Investitionen in den sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau sowie langfristige Strategien zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums erforderlich, um soziale Stabilität und Chancengleichheit zu gewährleisten.

Fazit: Die Folgen sind klar: steigende Wohnkostenbelastung, wachsende soziale Ungleichheit und zunehmende räumliche Segregation. Wohnen entwickelt sich zunehmend zu einer sozialen Schlüsselfrage mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiken. Erforderlich sind verbindliche, durchsetzbare

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

Maßnahmen und eine nachhaltige Ausweitung bezahlbaren Wohnraums. Ohne entschlossenes politisches Handeln wird sich die soziale Schieflage weiter verschärfen.

Bericht online lesen:

https://www.en-a.ch/wirtschaft_und_finanzen/steigende_mieten_trotz_mietobergrenzen-93067/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Felix Pfitscher

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.